

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Landesvorstand

Ein Sofortprogramm für die Hauptschule -

Auf dem Weg zu „Einer Schule für alle“

A. Zur Lage der Hauptschule in Baden-Württemberg

Die Schüler/innenzahlen an den allgemein bildenden Schulen werden künftig noch weiter zurückgehen. Bis 2020 prognostiziert das Statistische Landesamt einen Rückgang um 19%. Der vergleichsweise größte Rückgang wird an den Hauptschulen auftreten. Landesweit wird im Schuljahr 2012/13 voraussichtlich ein Fünftel weniger Schüler öffentliche und private Hauptschulen besuchen als noch im Schuljahr 2004/05. Im Zollernalbkreis wird das Minus sogar 27 % betragen, im Stadtkreis Freiburg im Breisgau und im Landkreis Esslingen dagegen „nur“ knapp 15 %¹.

In den Sonder- und Hauptschulen sind die höchsten Anteile an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu finden².

Hauptschülerinnen und Hauptschüler haben es zunehmend schwerer, einen direkten Übergang in die Berufliche Bildung zu schaffen. Die Zahl der Hauptschüler/innen, die zunächst in unterschiedlichen Übergangssystemen unterkommen, wächst³.

Die Hauptschule leidet erkennbar unter Akzeptanzproblemen, und das seit Jahren. Die Landesregierung hat immer wieder versucht, durch neue Konzepte und Impulse das Image und die Angebotsstruktur der Hauptschule zu verbessern. Diese Aktivitäten sind lobenswert und fanden durchaus auch die Unterstützung der GEW. Sie haben allerdings das Grundproblem des gegliederten Schulwesens nicht beseitigt und konnten deshalb nichts daran ändern, dass die Hauptschule immer mehr als "Problemschule" wahrgenommen wird, auch wenn man sehen muss, dass es *die* Hauptschule in ihrer sehr unterschiedlichen soziokulturellen Situierung (städtisch-ländlich) nicht gibt. Ernüchtert muss man rückblickend sogar feststellen, dass „Gesundbeten“ und Reparaturmaßnahmen den Blick für die Notwendigkeit einer grundlegenden Strukturreform eher verstellt haben.

Auch das Lehramt an Hauptschulen leidet dramatisch unter einer fehlenden Akzeptanz bei den angehenden Lehrer/innen: Nur noch 12 – 18 % der GHS – Lehramtsstudierenden wählen diesen Stufenschwerpunkt und dies, obwohl jetzt schon ein gravierender Mangel an Fachlehrer/innen besteht.

Jeder, der gewillt ist, die Realität in den Hauptschulen zur Kenntnis zu nehmen, weiß,

- dass die Hauptschule von den wenigsten Schüler/innen und Eltern auf Grund ihres „eigenständiges Bildungskonzepts“ gewählt wird, sondern dass sich dort überwiegend diejenigen Schüler/innen finden, die nicht die Möglichkeit hatten, zum Gymnasium oder zur Realschule zu wechseln. Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen können von den unsäglichen und für alle Beteiligten oft quälenden Auseinandersetzungen berichten, die eine Grundschulempfehlung für die Hauptschule mit sich bringt.
- dass Hauptschüler/innen immer weniger Anschlussmöglichkeiten haben. Das Statistische Landesamt schreibt hierzu: „Die Entwicklung in den letzten 10 Jahren zeigt die zunehmenden Schwierigkeiten, die Hauptschulabsolvent/innen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz haben. So sank der Anteil Jugendlicher mit und ohne Hauptschulabschluss an den neuen Verträgen in diesem Zeitraum von 40 auf 35 %“⁴.
- dass sich in Hauptschulen diejenigen Schüler/innen konzentrieren, die Lernprobleme haben, aus schwierigen familiären Verhältnissen kommen oder Opfer einer verfehlten Integrationspolitik sind. In den Hauptschulen ist fast jeder dritte Jugendliche Ausländer oder Aussiedler, in den Gymnasien gehören nur lediglich gut 5 % der Schüler/innen zu diesem Personenkreis⁵.

Es nützt weder den Schüler/innen, den Eltern und den Lehrer/innen, wenn die Landesregierung versucht, die Hauptschule schön zu reden. Die GEW weiß sehr genau, dass an den Hauptschulen eine hervorragende Arbeit geleistet wird, dass die Kolleg/innen dort bis an die Grenze der Belastbarkeit – und oft darüber hinaus – alles dafür tun, den Schüler/innen dieser Schulart eine gute schulische Grundlage zu geben und eine tragfähige Perspektive für den Einstieg in die berufliche Bildung zu schaffen⁶. Dieses Engagement allein kann jedoch nicht die strukturellen Probleme des Schulsystems und die - inzwischen fatalen - Folgen einer zur Umsteuerung unfähigen Bildungspolitik ausgleichen.

Die GEW Baden-Württemberg fordert:

Die Probleme an den Hauptschulen müssen **jetzt** und nicht irgendwann gelöst werden. Die Lösungen müssen **unmittelbar** an den sehr heterogenen und zugleich desintegrativen Lebens- und Lernlagen der Kinder und Jugendlichen ansetzen, und sie müssen **sofort** die oft unerträglichen Lern- und Arbeitsbedingungen entlasten.

Aus pädagogischen, demografischen und sozialen Gründen ist eine umfassende Reform des Schulwesens ohne Tabus unumgänglich. Es bedarf jedoch aufgrund der akuten Not an den Hauptschulen ein Sofortprogramm, das die größten Missstände abmildert, wenn es diese auch nicht beseitigen kann.

B. Die Hauptschulen brauchen eine SOFORTPROGRAMM

Unabhängig von dringlichen Strukturreformen fordert die GEW Baden-Württemberg ein Sofortprogramm für Hauptschulen, das folgende Punkte enthalten muss:

- Der *Klassenteiler* für Hauptschulen wird gesenkt auf 25, in großstädtischen Hauptschulen auf 20.
- Hauptschulen müssen auf erschwerte und schwierige Lernbedingungen mit *individualisierten Förderprogrammen* antworten können, die beides zu sichern — vermögen: Dass *alle* Schüler/innen am Ende der Hauptschule über die Mindestanforderungen an eine (Weiter-)Bildungs- und Lernfähigkeit verfügen *und* dass möglichst viele Schüler/innen einen qualifizierten Sekundarabschluss erreichen. Sie erhalten dafür zusätzlich die notwendigen Ressourcen.
- Hauptschullehrer/innen werden spezifische Fortbildungsprogramme angeboten, die sie in ihrer Professionalität stärken.
- Die *Arbeitsbedingungen* und die Bezahlung der Hauptschullehrer/innen muss umgehend an diejenigen der Realschullehrer/innen angeglichen werden.
- Hauptschulen mit erschwerten und schwierigen Lernbedingungen werden ergänzende und unterstützende *pädagogische Professionen* zur Verfügung gestellt: Sozialpädagog/innen, Sonderpädagog/innen und Schulpsycholog/innen.
- Jede Hauptschule wird *Ganztagsschule in verbindlicher Form*. Unter dem Aspekt einer zukunftsfähigen Schulentwicklung erhalten diejenigen Standorte eine hohe Priorität, die eine integrative Einbeziehung von Grundschule und von anderen Schularten der Sekundarstufe zulässt.
- Um die Konzentration problematischer Milieus zu verringern, müssen alle allgemeinbildenden Schulen (und die Schulträger) grundsätzlich die rechtliche Möglichkeit haben, *integrative Konzepte* zu erproben und dauerhaft zu sichern. Der Zusammenschluss mehrerer Schularten zu einer Regional-, einer Gemeinschafts- oder einer Sekundarschule muss dabei jederzeit möglich sein. Kurzfristig müssen diese integrativen Ansätze als Schulversuche grundsätzlich genehmigt werden. Mittelfristig müssen Gemeinschaftsschulen als Regelschule im Schulgesetz verankert werden.
- Auch um die Schließung von hunderten von Hauptschulen aufgrund des Schülerzahlenrückgangs zu verhindern, muss die Landesregierung überall dort, wo Schulträger es wünschen, *integrative Lösungen* ermöglichen.
- Für alle Hauptschüler/innen wird ein *10. Pflichtschuljahr* eingeführt.

Die GEW Baden-Württemberg fordert:

- Die Landesregierung verabschiedet kurzfristig ein Sofortprogramm für die Hauptschulen auf Grundlage der aufgeführten Eckpunkte.
- Auf regionaler Ebene müssen Schulentwicklungskonzepte mit dem Ziel eines wohnortnahen Schulangebots vereinbart und umgesetzt werden.

C. Jeder Zwischenschritt zu LÄNGER GEMEINSAM LERNEN wird von der GEW unterstützt.

Die GEW ist davon überzeugt, dass das derzeitige mehrgliedrige Schulsystem keine Zukunft hat. Deshalb lehnt sie auch jede Regelung, die zu einer weiteren Aufspaltung und Gliederung der Sekundarstufe I führt, vehement ab. Sie sieht sich darin immer wieder durch wissenschaftliche Untersuchungen, durch die internationalen Leistungsvergleiche, durch Vertreter der Wirtschaft und neuerdings auch durch die europäischen Bildungspolitiker bestätigt. Die Initiativen für mehr längeres gemeinsames Lernen finden immer mehr Zulauf.

Dennoch hält die Landesregierung aus ideologischen Gründen an der Mehrgliedrigkeit des Schulwesens fest. Sie verhindert dadurch, dass sich die Situation an den Hauptschulen ernsthaft verbessern kann. Vor diesem Hintergrund unterstützt die GEW alle Initiativen, die zu längerem gemeinsamem Lernen führen. Hierzu zählt gleichermaßen die Einführung einer sechsjährigen Grundschule wie auch die zurzeit besonders intensiv diskutierte Zweigliedrigkeit des Schulsystems. Dies meint den Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen zu einer Regionalschule unter Einbezug der Sonderschulen. Jedoch müssen Regionalschulen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Zusammenschlüsse von Schularten müssen durch integrative pädagogische Konzepte begleitet werden. Ein bloßes Zusammenlegen von Schulen, womöglich unter Beibehaltung der Schularten oder einer internen Differenzierung, die der Beibehaltung der bisherigen Schularten entspricht, wird abgelehnt.
- Regionalschulen müssen grundsätzlich für alle Schüler/innen ein verpflichtendes 10. Schuljahr anbieten.
- Der Regelabschluss der Regionalschule ist die Mittlere Reife.
- Regionalschulen werden als Ganztagschulen geführt.
- Regionalschulen erhalten, je nach Bedarf, zusätzliche Mittel zur individuellen und gemeinsamen Förderung der Kinder.
- Die Bildungspläne der Regionalschulen müssen so abgestimmt sein, dass die Durchlässigkeit des Schulsystems voll und ganz gewährleistet ist.
- Die Einrichtung von sechsjährigen Grundschulen und von Regionalschulen sollte zunächst in Form von wissenschaftlich begleiteten Schulversuchen erfolgen.

Die GEW Baden-Württemberg stellt unmissverständlich klar: Jeder Schritt zu mehr gemeinsamem Lernen, der unterhalb der *einen Schule für alle* bleibt, kann nur eine Notlösung sein, die deshalb akzeptiert wird, weil die Bildungspolitik unfähig zu konsequenten Reformen ist.

D. Nur EINE SCHULE FÜR ALLE kann die Defizite des schulischen Bildungswesens wirklich angehen.

Die GEW Baden-Württemberg hat auf ihrer Delegiertenversammlung im Jahr 2004 den Beschluss „Eine Schule für alle“ gefasst. Darin wird ausführlich begründet, warum zu einer umfassenden Reform des Schulwesens, die die Kernprobleme der sozialen Selektivität und der unzureichenden Förderung der Schüler/innen ernst nimmt, auch eine Strukturreform gehört. Die Tabuisierung dieser Frage zeugt von einer unerträglichen Ignoranz der politisch Verantwortlichen.

Es liegt auf der Hand, dass nicht alle schulischen und schon gar nicht alle gesellschaftlichen Probleme durch eine Strukturreform des Schulsystems allein gelöst werden können. Eine Verbesserung des Ausbildungsangebots, eine Integrationspolitik, die diesen Namen verdient und eine Sozialpolitik, die den Schwächsten in der Gesellschaft hilft und sie nicht drangsaliert, ist dringend geboten. Dennoch muss und kann auch die Bildungspolitik ihren Beitrag leisten, um das Schulsystem leistungsfähiger und vor allem gerechter zu gestalten.

Die GEW Baden-Württemberg fordert...

... die Abschaffung des gegliederten Schulwesens.

Stuttgart, 09.12.2006

¹ STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: Regionale Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen bis 2012, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 8/2006, S. 13

² STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: Statistik aktuell - Schulische Bildung in Baden-Württemberg, Ausgabe 2006

³ KONSORTIUM BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland, S. 81, Bielefeld 2006

⁴ STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: Ausbildung im dualen System 2005 - Ungünstige Perspektiven für Hauptschulabgänger, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 11/2006, S. 12

⁵ STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: Statistik aktuell - Schulische Bildung in Baden-Württemberg, Ausgabe 2006

⁶ W. HELSPER/CH. WIEZOREK: Zwischen Leistungsforderung und Fürsorge – Perspektiven der Hauptschule im Dilemma von Fachunterricht und Unterstützung, in: Die Deutsche Schule, Heft 4/2006, S. 436-455